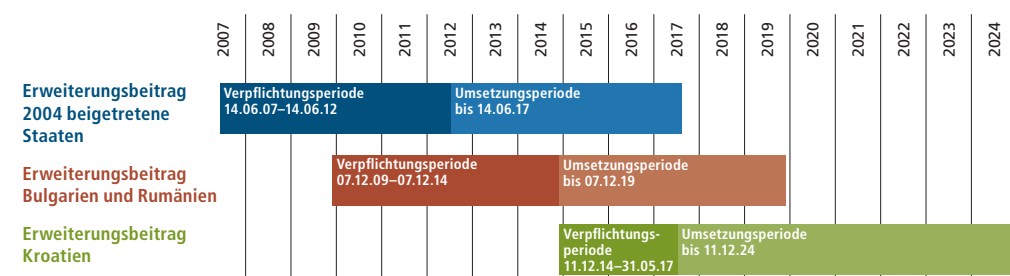


Zeitlicher Rahmen des Erweiterungsbeitrags



Warum?

Der Schweizer Erweiterungsbeitrag...

- ... unterstützt die Erweiterung der EU, welche einen grossen Schritt zu mehr Sicherheit, Stabilität und Wohlstand auf dem gesamten europäischen Kontinent bedeutet;
- ... fördert die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der seit 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten und reduziert so Ungleichheiten innerhalb der EU;
- ... ist Ausdruck der schweizerischen Solidarität;
- ... festigt die Beziehungen zur EU, der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Partnerin der Schweiz;
- ... stärkt die bilateralen Beziehungen der Schweiz zu den neuen Mitgliedstaaten, die seit 2004 der EU beigetreten sind;
- ... erhöht die Chancen von Schweizer Unternehmen für neue Geschäftsmöglichkeiten;
- ... fördert den Umwelt- und Klimaschutz;
- ... schafft und unterstützt beratende und institutionelle Partnerschaften zwischen der Schweiz und den Partnerländern.

Zahlen und Fakten zum Erweiterungsbeitrag

Über **100 Millionen** Menschen leben in den 13 Mitgliedstaaten, die seit 2004 der EU beigetreten sind. Dies entspricht einem Fünftel der EU-Bevölkerung.

Der Schweizer Beitrag zur Verringerung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten in der EU beträgt **1,302 Milliarden Franken**.

Der Erweiterungsbeitrag fördert rund **300 Projekte**.

In Polen, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn fliessen mehr als **40%** des Projektbudgets in die strukturschwachen Regionen.

In den 13 Partnerstaaten ist **jeder vierte Jugendliche** zwischen 15 und 24 Jahren **arbeitslos**.

Die durchschnittliche Kaufkraft der 13 Partnerländer beträgt **etwas mehr als 40% der Schweizer Kaufkraft**.

Der Schweizer Erweiterungsbeitrag entspricht rund **0,8% der EU-Leistungen** für die Kohäsion in den 13 seit 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten.

Die Partnerstaaten tragen in der Regel mindestens **15% der Projektkosten** selbst.



Der Schweizer Erweiterungsbeitrag

Der Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union

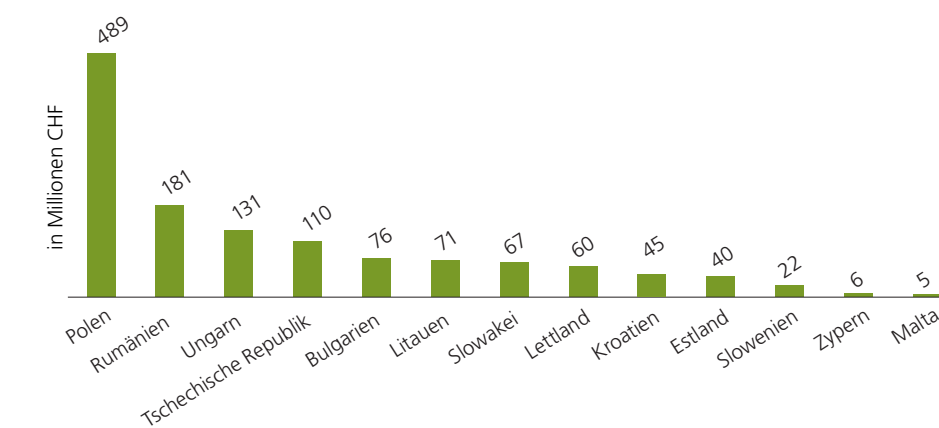
Was?

Im November 2006 haben die Schweizer Stimmberechtigten das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (Bundesgesetz Ost) genehmigt. Das Volk hat damit auch die Absicht geäussert, sich finanziell am Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der EU zu beteiligen. Das Bundesgesetz Ost, das die Rechtsgrundlage des Erweiterungsbeitrags bildet, ist bis Ende Mai 2017 gültig. Ende 2014 hat der Bundesrat die nötigen Arbeiten für eine Weiterführung des Gesetzes eingeleitet.



trags bildet, ist bis Ende Mai 2017 gültig. Ende 2014 hat der Bundesrat die nötigen Arbeiten für eine Weiterführung des Gesetzes eingeleitet.

Geografische Aufteilung des Erweiterungsbeitrags



Wer?

Im Juni 2007 genehmigte das Parlament einen Rahmenkredit von einer Milliarde Franken zugunsten der zehn Staaten, die 2004 der EU beigetreten sind. Im Dezember 2009 sprach es einen zweiten Rahmenkredit von 257 Millionen Franken zugunsten der 2007 beigetretenen Staaten Bulgarien und Rumänien. Im Dezember 2014 genehmigte das Parlament weitere 45 Millionen Franken für den 2013 beigetretenen Mitgliedstaat Kroatien.

- Die Aufteilung des Erweiterungsbeitrags auf die 13 Partnerstaaten erfolgt nach einem Verteilschlüssel, dessen Grundlage die Bevölkerungsgrösse und das Pro-Kopf-Einkommen bilden.

- Die Schweiz hat mit jedem Partnerstaat ein bilaterales Rahmenabkommen abgeschlossen. Sie entscheidet in Absprache mit den Partnerländern und unabhängig von der EU, welche Projekte sie unterstützt.
- Begleitet wird die Umsetzung der Projekte von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA und dem Staatssekretariat für Wirtschaft SECO sowie den gemeinsamen Büros in Warschau, Riga, Budapest, Prag, Bratislava, Sofia und Bukarest.

Weitere Informationen und Kontakte

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Ressort Erweiterungsbeitrag
Holzikofenweg 36
3003 Bern
Telefon: +41 58 462 78 24
swiss-contribution@seco.admin.ch

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

Abteilung Neue EU-Mitgliedstaaten
Freiburgstrasse 130
3003 Bern
Telefon: +41 58 462 68 46
swiss-contribution@eda.admin.ch

Fotos: © DEZA / SECO / Stefan Salzmann
März 2015



Wie?

Der Erweiterungsbeitrag trägt zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der EU bei. Um dies zu erreichen, verfolgt jedes Projekt eines der fünf übergeordneten Projektziele:



Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

Rund 25% des Gesamtbudgets

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind die Hauptantriebskraft für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung. Die Forschung bildet eine wichtige Grundlage für Innovationen, welche ihrerseits die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes nachhaltig prägen. Die Schweiz leistet dazu folgenden Beitrag:

- Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten für KMU erleichtern
- Tourismus, soziale Verantwortung und Vermarktung regionaler Produkte fördern
- Export und Handel fördern
- Finanzsektor besser regulieren
- Forschungsstipendien und -partnerschaften unterstützen



Mikrokredite gegen die Arbeitslosigkeit in Lettland

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat Lettland besonders hart getroffen. Die Arbeitslosenquote stieg 2010 auf knapp 20 Prozent. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, unterstützt die Schweiz ein Mikrokreditprogramm in Lettland. Sie begünstigt damit Investitionen und Firmengründungen und somit auch die unternehmerische und wirtschaftliche Entwicklung Lettlands. Mit weit über 1'000 Mikrokrediten werden 2'500 Arbeitsplätze erhalten oder neu geschaffen. Schweizer Beitrag: 7,9 Mio. CHF

Soziale Sicherheit erhöhen

Rund 15% des Gesamtbudgets

Ein guter Zugang zu möglichst moderner medizinischer Versorgung und die Möglichkeit, sinnvolle und zeitgemässe soziale Dienstleistungen beziehen zu können, tragen zur Gesundheit der Bevölkerung bei. Dabei spielt auch die Prävention eine tragende Rolle. Die Schweiz leistet dazu folgenden Beitrag:

- Spitäler und Gesundheitszentren modernisieren
- Spitex-Dienste und Zugang zu Gruppenkliniken fördern
- Kampagnen zur Gesundheitsprävention lancieren
- Lebensqualität in Heimen und Gemeinschaftszentren verbessern
- Verschiedene soziale Dienstleistungen wie öffentlichen Schultransport optimieren oder Rettungsdienste modernisieren

Unterstützung der Romabevölkerung in der Slowakei

Dieses Projekt unterstützt die soziale und wirtschaftliche Eingliederung der oft an den gesellschaftlichen Rand gedrängten Romabevölkerung im Osten der Slowakei. Insgesamt werden drei neue Gemeinschaftszentren gebaut und sieben bestehende saniert. In diesen Zentren werden Schul- und Berufsbildung sowie Beratungen im Gesundheitsbereich für 12'000 Roma angeboten. Dadurch verbessert das Projekt die Chancen der Roma auf dem Arbeitsmarkt. Schweizer Beitrag: 1,4 Mio. CHF



Verbesserter Grenzschutz in Polen

Die Anforderungen an die polnischen Grenzkontrollen sind seit dem EU-Beitritt des Landes 2004 stark gestiegen. Die Schweiz unterstützt die Modernisierung und den Ausbau eines Grenzpostens und finanziert daneben Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für die polnischen Grenzwachter. Im Rahmen dieses Projekts findet zudem ein fachlicher Austausch zwischen der Eidgenössischen Zollverwaltung und ihren polnischen Kollegen statt. Schweizer Beitrag: 15,9 Mio. CHF

Trinkwasserversorgung in Ungarn

Ein Teil der Wasserversorgungsinfrastruktur in Ungarn ist 50 bis 60 Jahre alt und in einem schlechten Zustand. Dank dem Erweiterungsbeitrag kann Ungarn 100 Kilometer Rohrleitungen renovieren und 40 Kilometer neu verlegen. Asbestrohre werden durch Kunststoffrohre ersetzt. Es kommt zu weniger Rohrbrüchen, wodurch die Unterhaltskosten sinken. Für 200'000 Einwohnerinnen und Einwohner verbessert sich die Wasserqualität. Schweizer Beitrag: 24,9 Mio. CHF



Öffentliche Sicherheit erhöhen

Rund 10% des Gesamtbudgets

Sichere, moderne Aussengrenzen und ein transparentes und effektives Justizwesen sind zentrale Elemente eines modernen demokratischen Staates. Der Beitrag der Schweiz ist der folgende:

- Gerichtswesen modernisieren
- Schengengrenzen sichern
- Verkehrssicherheit fördern
- Korruption und organisierte Kriminalität bekämpfen
- Naturkatastrophen wie Hochwasser verhindern und bewältigen

Umwelt schützen

Rund 40% des Gesamtbudgets

Fit für die Zukunft – die Bereitstellung von Infrastrukturen in den Bereichen Wasser, Abfall, Energie und öffentlicher Verkehr ist Voraussetzung für die nachhaltige Entwicklung. Ausserdem gibt es im Umweltbereich grosse Aufgaben anzugehen. Der Beitrag der Schweiz ist der folgende:

- Öffentlichen Verkehr ausbauen
- Trinkwasserversorgung und Abwasserreinigung verbessern
- Erneuerbare Energien fördern und Gebäude energieeffizient sanieren
- Umweltüberwachungsstationen mit modernen Geräten ausrüsten
- Giftige Abfälle sachgerecht entsorgen und verseuchte Industriegelände sanieren
- Biologische Vielfalt und Natur schützen sowie die Bevölkerung für die Nachhaltigkeit sensibilisieren

Zivilgesellschaft stärken

Rund 10% des Gesamtbudgets

Die Zivilgesellschaft leistet einen wichtigen Teil zur Entwicklung eines Landes. Nichtregierungsorganisationen und Vereine geben dem Volk eine Stimme und fördern die lokalen Regionen in den unterschiedlichsten Themenbereichen wie Gesundheit, Umwelt oder Kultur. Die Schweiz leistet dazu folgenden Beitrag:

- Nichtregierungsorganisationen unterstützen und ihre Entwicklung stärken
- Bilaterale Partnerschaften mit Schweizer Institutionen fördern und ausbauen

